Bestellen und weiterverbreiten! (Auflage: 20.000)

Das Gift des Nationalismus wirkt!

Es geht nicht nur um Wagenknecht: Die rechte Ideologie und Politik der sogenannten Linkspartei

Kommentierte Materialien zusammengestellt von StipendiatInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Herausgegeben von GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion (Gewantifa)

August 2016

BR-A7

Inhalt

Vorbemerkung von Gewantifa

Die sogenannte Linkspartei versucht immer und überall den Eindruck zu erwecken, eine antifaschistische, ja antikapitalistische Kraft zu sein. Doch eine politische Organisation kann und darf bekanntlich nicht danach beurteilt werden, was sie von sich selbst behauptet. Ausschlaggebend ist vielmehr, welche Positionen sie wirklich vertritt, der Inhalt und die Richtung ihrer politischen Positionen und Praxis.

Der Tortenwurf auf Wagenknecht hat viel zur Klarheit darüber beigetragen, wie rechts die sogenannte Linkspartei wirklich ist. „Einmütig" haben sich Parteiführung und Parteitag hinter Wagenknecht und deren nationalistische Positionen gestellt. Parteivorsitzende Kipping erklärte: *„Das war ein Angriff auf uns alle.... Wir weisen geschlossen zurück, was hier in diesem Wisch (gemeint war die politische Erklärung „Torten für Menschenfeinde", S. 19 in dieser Broschüre, A.d.V.) steht."*

Tatsache ist, dass Wagenknecht mit all ihren zutiefst nationalistischen, zutiefst reaktionären Positionen weiterhin an der Spitze der sogenannten Linkspartei steht. Nach ihrer „Gastrecht verwirkt"-Hetze wurde sie nicht ausgeschlossen, sondern auf dem Parteitag der sogenannten Linkspartei auch noch gefeiert. Allein das zeigt schon: Es geht wirklich nicht nur um Wagenknecht.

Unserer Meinung nach geht es nicht nur um die nationalistischen Positionen von Wagenknecht, sondern auch um die demagogischen Methoden, mit denen diese Positionen weit über die sogenannte Linkspartei hinaus unter Antifas und GewerkschafterInnen verbreitet, beschönigt und gerechtfertigt werden.

Gestützt auf das von StipendiatInnen der Rosa Luxemburg-Stiftung zusammengestellte und kommentierte Material, das uns dankenswerterweise mit der Bitte um Veröffentlichung zugesandt wurde, soll nachfolgend anhand einiger Kernpunkte knapp begründet werden, dass es für Antifas und GewerkschafterInnen, für alle wirklich linken Kräfte mit diesen nationalistischen Positionen und der sie tragenden Organisation konsequent zu brechen gilt.

Inschutznahme von Pegida und AfD

Für Antifas und fortschrittliche GewerkschafterInnen ist klar: Das Aufkommen von AfD und Pegida ist Ausdruck des Vormarsches der Nazis auf der Straße und bei der deutschen Bevölkerung. Dem muss als Teil des Kampfes gegen Faschisierung und Nazis mit aller Härte entgegengetreten werden. Wie aber positionierte sich die sogenannte Linkspartei, welche Signale sandte sie aus?

■ **AFD:** Kurz nach Gründung der AfD erklärte Wagenknecht Ende März 2013: *„Wer die Gründer der AfD als Populisten abstempelt, macht es sich zu leicht. In vielen Punkten haben sie mit ihrer Kritik an der derzeit praktizierten Eurorettung Recht."* Die Fraktionsvorsitzende der sogenannten Linkspartei nimmt hier tatsächlich die „Gründer (!) der AfD" in Schutz, als ob diese in irgendeiner Weise und in irgendeiner Hinsicht angeblich fortschrittliches im Sinn gehabt hätten. Als ob nicht von vornherein klar gewesem wäre, dass diese „Gründer der AfD" nazistische „Populisten" und die Gründung der AfD Ausdruck des Nazi-Vormarsches waren. Als Begründung bescheinigt Wagenknecht der AfD, sie hätten mit ihrer Euro-Kritik in vielen Punkten „Recht". Gewiss, wenn die AfD kritisiert, dass die „Euro-Rettung" „auf Kosten der Steuerzahler" geht, dann hat sie in diesem Punkt isoliert und ganz oberflächlich betrachtet „Recht". Aber das ändert überhaupt nichts daran, sondern bestätigt nur, dass dies eine „populistische", eine Nazi-Partei ist. Hatten nicht auch die Nazis vor 1933 ganz oberflächlich betrachtet mit ihrer „Kritik" am Versailler Vertrag „in vielen Punkten Recht"?! Aufgabe einer wirklich linken Kraft ist es, all diese „Punkte" der Nazi-Hetze im Gesamtzusammenhang der Nazi-Ideologie zu entlarven und zu bekämpfen. So ist doch ganz klar, dass die AfD ihre „Kritik an der Euro-Rettung" von einem zutiefst deutschnationalistischen Standpunkt aus macht, bei dem es ebenso klar um die Durchsetzung imperialer „deutscher Interessen" in Europa und darüber geht.

Mit ähnlicher Masche verharmlost Wagenknecht nicht nur die Gründer der AfD, sondern

auch deren AnhängerInnen. Im März 2016 sagte sie: *„Natürlich darf man nicht pauschal alle Menschen, die sich angesichts hoher Flüchtlingszahlen noch stärker um Arbeitsplätze, Sozialleistungen, Wohnungen und steigende Mieten sorgen, in eine rassistische Ecke stellen. Das gilt auch für Wähler der AfD."* Fakt ist: Die AfD betreibt rassistisch-nationalistische und judenfeindliche Hetze. Das kann von niemandem übersehen werden. Das wissen die AfD-WählerInnen. Wer die AfD wählt, stellt sich somit also selbst in die „rassistische Ecke". Wagenknecht verharmlost das, indem sie behauptet, dass dies „nicht pauschal" für alle AfD-WählerInnen gelte. Doch selbst wenn das für Einzelne aus welchen Gründen auch immer nicht zutreffen sollte, so ist das für die politische Gesamteinschätzung irrelevant: Die zunehmende Stimmenanzahl für die AfD sind Ausdruck des Nazi-Vormarsches bei der deutschen Bevölkerung. Die von Wagenknecht in diesem Zusammenhang gemachte Einschränkung ist typisch für politische Verharmlosungen von Nazis. Wenn es um die Nazi-Wehrmacht geht, heißt es dann „Nicht alle deutsche Soldaten...". Aber das ist für die Einschätzung der Nazi-Wehrmacht als Ganzes völlig irrelevant.

■ **Pegida:** Anfang 2015 beantwortete Wagenknecht – ebenso wie zuvor schon Gregor Gysi – die Frage, ob sie mit Pegida-AnhängerInnen reden will, mit *„Ja."* Das begründete sie so: *„Es gibt eine Reihe von Leuten, die da hingehen, weil sie die herrschende Politik ablehnen, weil sie empört sind über prekäre Jobs und miese Renten. Sie haben das Gefühl, da ist endlich mal eine Protestbewegung."* Halten wir zunächst mal fest: Bei Pegida handelt es sich um Naziaufmärsche. Dort wird übelste rassistische Hetze betrieben bis hin zum Nazi-Statement am 19.10.2015 in Dresden „die KZ sind ja leider außer Betrieb". Die Pogromhetze bei Pegida-Aufmärschen führte wiederholt auch zu Attacken gegen Refugees und andere als „nicht deutsch" angesehene Menschen, nicht selten direkt aus Pegida-Aufmärschen heraus. Angesichts dessen ist es nichts als eine unverschämte Beschönigung, wenn Wagenknecht behauptet, dass „eine Reihe von Leuten" zu Pegida-Aufmärschen gehen würden, weil sie sich *über prekäre Jobs und miese Renten empören"* würden, ja dass sie angeblich von dem *„Gefühl"* geleitet seien, dass Pegida angeblich *„endlich mal eine Protestbewegung"* sei.

Die hier von Wagenknecht noch vorgenommene Einschränkung auf *„eine Reihe von Leuten"* lässt sie auf ihrer eigenen Homepage wegfallen. Ohne Einschränkung heißt es dort in der Hauptüberschrift: *„Mit Pegida reden"* (siehe Faksimile S. 10). Und genau dies ist das gefährliche, von Wagenknecht ausgesandte politische Signal der Verharmlosung. „Mit Pegida reden" ist offenbar unvereinbar mit dem, was wirklich ansteht: Pegida-Nazis mit aller Härte bekämpfen.

Der deutsch-nationale Konsens zwischen AfD und Linkspartei

„Gastrecht verwirkt"

Zu Beginn des Jahres 2016 wurde unter dem Vorwand der „Kölner Ereignisse" umfassend eine deutsch-nationalistische Hetze mit weitreichenden Konsequenzen losgetreten. Dieses Mal vor allem gegen Menschen, die aus nordafrikanischen Ländern wie Marokko und Algerien stammen. Die Herrschenden bauten auch unter Einsatz von zutiefst verlogener „Frauen schützen"-Demagogie in Goebbelscher Nazi-Manier die Atmosphäre und den Druck auf „Jetzt ist's aber wirklich genug, jetzt müssen andere Saiten aufgezogen werden". Damit sollten vor allem die geplanten weiteren Gesetzesverschärfungen gegen Refugees gerechtfertigt werden.

Diese Situation war für alle Antifas, GewerkschafterInnen und fortschrittlichen Kräfte überhaupt eine echte Herausforderung. Was aber machte die Führung der sogenannten Linkspartei?

Am 12. Januar 2016 luden Bartsch und Wagenknecht zu einer Pressekonferenz. Dort erklärte Wagenknecht: *„In der ganzen Diskussion über die Kölner Ereignisse ist völlig klar: Wer Gastrecht missbraucht, der hat Gastrecht dann eben auch verwirkt. Und das ist auch von der Linken eine ganz klare Position, die wir in dieser Frage vertreten."* Bartsch bekräftigte: *„Das (von Wagenknecht gesagte, A.d.V) ist im Übrigen die Rechtslage von Deutschland. (...) Wir müssen die Gesetze, die vorhanden sind, in großer Konsequenz anwenden."*

„Gastrecht"?! Woher kommt dieser Begriff? Im NSDAP-Programm von 1920 heißt es: *„Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muss unter*

Fremden-Gesetzgebung stehen.“ (Punkt 5 des NSDAP-Programms von 1920)

Die Fraktionsvorsitzenden der sogenannten Linkspartei haben sich damit geradezu übereifrig in die deutsch-nationalistische, Refugee-feindliche Hetze eingereiht. Umgehend erhielt Wagenknecht denn auch ein begeistertes Lob vom stellvertretenden AfD-Vorsitzenden Gauland.

Hier zeigt sich besonders deutlich, dass die Berufung Wagenknechts und der sogenannten Linkspartei auf Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht usw. nur zur Imagepflege dient. Völlig konträr dazu betonte Karl Liebknecht 1907 als internationalistische Grundposition:

„Völlige Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern auch in Bezug auf das Recht zum Aufenthalt im Inlande. Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung!“

(Zitiert nach Gewantifa-Flugblatt Nr. 14 vom Juni 2007: Der internationale Sozialistenkongress in Stuttgart: „Es gibt keinen Mittelweg in dieser Frage der Ein- und Auswanderung“)

„Kapazitätsgrenzen“

Seit zirka Mitte 2015 wurde von verschiedenen Politikern und Parteien der herrschenden Klasse in Deutschland ein „Streit“ über „Obergrenzen“, „Kapazitätsgrenzen“ und „Kontingente“ bei der Aufnahme von Refugees inszeniert. Gemeinsame Grundposition der Politiker und Parteien der herrschenden Klasse ist so oder so: Die Aufnahme von Refugees muss eingeschränkt werden. Vor allem sollen die EU-Außengrenzen unbedingt dicht gemacht werden und dicht bleiben. Das bedeutet faktisch die Ermordung von Tausenden von Refugees vor allem im Mittelmeer.

Dem stellen die wirklich mit den Refugees solidarischen Kräfte als Grundposition das Asylrecht und den demokratischen Humanismus entgegen.

Nicht so die sogenannte Linkspartei. Ihre Äußerungen zeigen, dass sie genau in dem von den Herrschenden gesetzten Rahmen verbleibt, ja dass Äußerungen ihrer VertreterInnen im Kern denen der AfD gleichen. Typisch sind auch in dieser Frage Ablenkungsmanöver, die bei der Fraktionsvorsitzenden Wagenknecht, aber nicht nur bei ihr immer wieder festzustellen sind.

Im Februar 2016 erklärte Wagenknecht demagogisch: *„Es können nicht alle Flüchtlinge nach Deutschland kommen.“* Hat dies denn irgendwer behauptet? Auf die Frage „Wollen Sie eine Obergrenze für Flüchtlinge?“ antwortete Wagenknecht dann im April 2016 mit der Stammtisch-kompatiblen Äußerung zu den weltweit mehr als 60 Millionen Refugees: *„Jeder weiß, dass wir diesen Menschen nicht dadurch helfen können, dass wir sie alle nach Deutschland holen.“*

Diese absurden Abgrenzungen von Forderungen, die niemand stellt, und Positionen, die niemand vertritt, dienen Wagenknecht nur dazu, ihre eigene reaktionäre Position plausibler erscheinen zu lassen. Im Januar 2016 erklärte sie: *„Es gibt natürlich objektive Kapazitätsgrenzen. Also es ist völlig klar, dass Deutschland nicht noch eine Million im nächsten Jahr und möglicherweise weitere in den Folgejahren verkraften würde.“* Wer diese reaktionäre Position ablehnt, wurde von der „Realo“-Politikerin Wagenknecht gleich auch noch als *„weltfremd“* bezeichnet.

Die Ähnlichkeit, ja Identität der Positionierung von AfD und „Die Linke“ ist nicht zu übersehen. Bereits am 19. August 2015 hatte AfD-Gauland auf der AfD-Homepage erklärt: *„Bei einer Million Flüchtlingen muss geprüft werden, das Asylrecht auszusetzen.“* Am selben Tag verkündete AfD-Meuthen ebenfalls auf der AfD-Homepage: *„Wir erleben bereits jetzt eine deutliche Überforderung unserer Aufnahmekapazität“.*

Wagenknecht ist in der Tat (noch?) nicht gleich Gauland. Als Sprachrohr der sogenannten Linkspartei hütet sie sich, wie Gauland offen die Abschaffung des Asylrechts zu fordern. Aber sie bedient diese AfD-Position und schafft Raum für deren Wirksamkeit, indem sie angebliche objektive „Kapazitätsgrenzen“ behauptet.

Ruf nach mehr Polizei

Nach dem von einem Nazi durchgeführten Massaker in München mit neun ermordeten Menschen, die von dem Nazi-Mörder als „nicht deutsch“ gezielt ausgewählt wurden, verharmloste Wagenknecht den Nazi-Hintergrund und betrieb nationalistische Stimmungsmache gegen Refugees und forderte Polizeiaufrüstung gegen Flüchtlinge: *„Jetzt in München, das war offensichtlich nach der aktuellen Nachrichtenlage wirklich ein Amokläufer (...) Natürlich hat man in München schon gesehen, wie wichtig eine gut ausgebildete, aber auch personell gut ausgestattete Polizei ist.“*

Am 25.7. ließ sie dann in einer Pressemitteilung verlauten: *„Der Staat muss jetzt alles dafür tun, dass sich die Menschen in unserem Land wieder sicher fühlen können. Das setzt voraus, dass wir wissen, wer sich im Land befindet und*

nach Möglichkeit auch, wo es Gefahrenpotentiale gibt. Ich denke, Frau Merkel und die Bundesregierung sind jetzt in besonderer Weise in der Verantwortung, das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit des Staates und seiner Sicherheitsbehörden zu erhalten."

Deutschland „nicht souverän"

Im „Material" der Stipendiatlnnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung sind zahlreiche Äußerungen von führenden Politikern der sogenannten Linkspartei wie Gysi, Lafontaine und Wagenknecht enthalten, dass Deutschland angeblich eine „US-Kolonie" und gegenüber den USA angeblich „nicht gleichberechtigt" sei.

Die Positionen der sogenannten Linkspartei sind dabei oft kaum zu unterscheiden von denen der AfD. Beispielsweise tönte AfD-Petry im August 2015: *„Deutschland handelt nicht souverän!"* und Wagenknecht erklärte im Dezember 2015: *„Ich habs wirklich satt, dass unsere Regierung sich zum Deppen der US-Oligarchen und ihrer Regierung in Washington macht. Wir brauchen endlich eine Wende hin zu einer souveränen und friedlichen Außenpolitik in Deutschland und Europa!"*

Die Forderung nach mehr „Souveränität" ist im heutigen Deutschland völlig fehl am Platz. Der Ruf nach mehr „Gleichberechtigung" und mehr „Souveränität" ist im Kern nichts als eine Verkleidung des imperialen Bestrebens der Großmacht Deutschland, "deutsche Interessen" nicht nur innerhalb von Europa, sondern weltweit durchzusetzen, mit allen Mitteln und zunehmend aggressiv.

Genau davon lenkt das nationalistische Gerede gerade auch von führenden PolitikerInnen der sogenannten Linkspartei von Deutschland als angeblicher „US-Kolonie" und angeblich „nicht souverän" ab. Ja, im Grunde positioniert sich die sogenannte Linkspartei an der Seite des hier herrschenden kapitalistischen Staats gegen die als angeblich übermächtig hingestellte Konkurrenzmacht USA.

Ganz und gar nichts gemein hat dies mit der Grundposition von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die gegen jede Ablenkung von der deutschen Kriegspolitik als ihre Grundposition gegen deutsche Kriegspolitik herausstellten: Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

„Homogener" Nationalstaat – „echte Unternehmer gemeinsam mit ihren Beschäftigten" – „Markt unersetzlich"

2016 veröffentlichte Wagenknecht ihr Buch „Reichtum ohne Gier" (Frankfurt am Main 2016). Wir greifen drei Punkte heraus.

Antidemokratische Grundposition: „Homogener" Nationalstaat

Als Beleg für Wagenknechts nationalistische Grundposition haben die Verfasserlnnen der Erklärung „Torten für Menschenfeinde" eine Passage aus Wagenknechts Buch zitiert, die wir hier etwas länger anführen: *„Demokratie lebt nur in Räumen, die für die Menschen überschaubar sind. Nur dort hat der Demos eine Chance, mit politischen Entscheidungsträgern auch in Kontakt zu kommen, sie zu beaufsichtigen und zu kontrollieren. Je größer, inhomogener und unübersichtlicher eine politische Einheit ist, desto weniger funktioniert das. Kommen dann noch Unterschiede in Sprachen und Kulturen hinzu, ist es ein aussichtsloses Unterfangen." (S.23)*

Dass „Demos", also Demokratie, angeblich nur in kleinen Räumen funktionieren könne, ist bodenlos und falsch. Noch gefährlicher wird's mit der Behauptung, dass dies umso weniger funktionieren könne, je *„inhomogener"* die politische Einheit sei und dass Demokratie jedenfalls ein aussichtsloses Unterfangen" sei, wenn *„dann noch Unterschiede in Sprachen und Kulturen"* dazu kommen würden. Dieses Plädoyer für den „homogenen" Nationalstaat ist in der Tat eine theoretische Begründung für deutschen Nationalismus, die sich im Kern nicht von der AfD-Argumentation unterscheidet (siehe Broschüre S. 11/12).

„Renditejäger" und „echte Unternehmer"

Von je her gehört zur Nazi-Ideologie die demagogische Unterscheidung zwischen „schaffendem" und „raffendem" Kapital. Deutscher Nationalismus geht dabei insbesondere mit judenfeindlicher Hetze einher. Dem „schaffenden deutschen Unternehmer" wird das „raffende, vom Judentum beherrschte internationale Finanzkapital" gegenüber gestellt. „Schaffende" Arbeiter und „schaffende" Unternehmer sollen

im Staat eine „Volksgemeinschaft" und im Betrieb eine „Betriebsgemeinschaft herstellen.

Sicherlich, in Wagenknechts Buch findet sich die These vom „schaffenden" und vom „raffenden" Kapital so nicht. Aber es findet sich eine eine ganz bestimmte, falsche und gefährliche Unterscheidung, die in diese Richtung geht: *„Natürlich gibt es in unserer Wirtschaftsordnung nicht nur Renditejäger, die in Unternehmen lukrative Anlageobjekte sehen, sondern auch viel echte Unternehmer."* (S.136) „Natürlich"? „Echte Unternehmer"? Mit diesen, so Wagenknecht, hätten die ArbeiterInnen klassenübergreifend ein gemeinsames Interesse, denn: *„Sie sind diejenigen, die gemeinsam mit ihren Beschäftigten für wirtschaftliche Dynamik, Innovation und gute Produkte sorgen."* (Ebenda) Betriebsgemeinschaft mit den „echten" Kapitalisten statt Klassenkampf, das ist das Credo Wagenknechts.

Pro-kapitalistische Grundposition: „Markt unersetzlich"

In ihrem Buch behauptet Wagenknecht auch, eine Wirtschaft mit Wettbewerb, mit Markt sei *„unersetzlich"*, ja optimal, da nur diese angeblich die nötigen Innovationen hervorbringe: *„Es sind solche Neuerungen und Ideen, die den Markt unersetzlich machen. (...) Zu solchen Leistungen motiviert kein anderer Mechanismus so gut wie der freie Wettbewerb vieler Anbieter..."* (S.160f) Der Hauptfeind ist hier ganz offenbar ... Karl Marx!.

Praxis der „Linkspartei": Hetze gegen Antifas – Abschiebungen

Hetze gegen Antifas

Fakten zeigen immer deutlicher, dass die sogenannte Linkspartei im direkten Gegensatz zu antifaschistischen Kräften und zur praktischen Solidarität mit Refugees steht. Drei Beispiele:

■ Bezeichnend waren die Reaktionen führender Politiker der Partei „Die Linke", nachdem Wagenknecht mit überzeugender Begründung eine Torte ins Gesicht bekommen hatte. Bartsch belegte die KritikerInnen mit dem reaktionären Ausgrenzungsbegriff „asozial", ein gängiger Begriff schon bei den Nazis.

■ Als Antifa-Gruppen in Thüringen unter dem Motto „Weg mit den braunen Zonen, weg mit der AfD" für den 25. Mai 2016 zu einer Demonstration in Bornhagen, dem Wohnort des AfD-Hetzers Höcke aufgerufen hatten, beschimpfte der Thüringer Ministerpräsident Ramelow von der sogenannten Linkspartei diese Aktion als „Nazi-Methoden". AfD-Höcke bedankte sich umgehend dafür: *„Über die politischen Grenzen hinweg müssen die demokratischen Kräfte Herrn Ramelow dankbar dafür sein, dass er die kriminellen Methoden der Antifa schonungslos offengelegt hat"* (Höcke im Nazi-Organ „Junge Freiheit" (14.4.2016).

■ Als zu Beginn der Fußball-EM 2016 die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz den Aufruf „Patriotismus = Nationalismus – Fußballfans Fahnen runter!" veröffentlichte, reagierten die deutschen Nationalisten mit einem „Entrüstungssturm". Da durfte die Distanzierung seitens der sogenannten Linkspartei natürlich nicht fehlen. Deren Fraktionsvorsitzender Bartsch stellte sich entschieden gegen die antinationalistischen Positionierungen und Aktionen, die er im typisch rechten Sprachgebrauch als „Verbote" bezeichnete. Dadurch würde *„gemeinsame Freude, gemeinsames genießen"* beim deutschnationalistischen EM-Rummel mies gemacht. Diether Dehm, Bundestagsabgeordneter der sogenannten Linkspartei, hetzte gegen antinationalistische Kräfte, welche in Leipzig deutsche Fahnen entsorgten, als *„lustarme Vollpfosten"*. Er versicherte, *„dass in dem Punkt Sahra, Dietmar, Gregor und Oskar einig sind gegen diese antideutsche Intoleranz"* – „Antideutsche Intoleranz", das ist ein Nazi-Kampfbegriff gegen Antifas, gegen alle, welche deutschen Nationalismus ablehnen und bekämpfen, gegen alle, die mit Refugees in Deutschland solidarisch sind. Um keinen Zweifel daran zu lassen, wo er steht, befestigte Dehm sogleich selbst die deutsche Fahne an seinem Auto.

Die Partei „Die Linke" an der Regierung: Abschiebungen – Beispiel Thüringen

In Thüringen stellt die Partei „Die Linke" zum ersten Mal den Ministerpräsidenten. Und was zeigt sich? Genau wie in anderen Bundesländern und unter anderen Regierungsparteien peitscht die Regierung Abschiebungen durch.

Am 21.10.2015 verkündete Ramelow, unter seiner Regierung würden gemäß einem *„beschleunigten Rückführungsmanagement"* weiterhin und verstärkt Refugees abgeschoben. Er

kündigte *„eine vierstellige Zahl"* von Abschiebungen an. *„Dazu stehe ich"*, erklärte Ramelow. Die Thüringer Landesvorsitzende Hennig-Wellsow pochte im Juni 2016 auf dem Parteitag der sogenannten Linkspartei ebenfalls darauf: *„Ja, Thüringen muss abschieben."*

Konsequent die Trennungslinie ziehen!

Die sogenannte Linkspartei befindet sich definitiv auf dem Weg, den die „Grünen" schon vor Jahren und Jahrzehnten vorgemacht haben bis hin zu Agenda 2010, Hartz-Gesetzen und Bundeswehr-Kriegseinsätzen usw.

Für GewerkschafterInnen, Antifas und AntirassistInnen, die wirklich den Kampf gegen Nationalismus und Rassismus führen und mit den Refugees solidarisch handeln wollen, gilt es gegen all diese Dummheit und Reaktion die Konsequenzen ziehen.

Vom Standpunkt der Solidarität mit allen von „deutschen Zuständen" Betroffenen kann das Resümé nur lauten: Die sogenannte Linkspartei ist kein Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Die notwendige Schlussfolgerung daraus kann nur lauten: Konsequent die Trennungslinie ziehen!

Gewantifa, August 2016

Die Broschüre kostet Geld. Danke für die großen Spenden, welche die hohe Auflage der Broschüre ermöglicht haben.

Wer auch etwas unterstützen will, soll bitte eine Spende an die Rote Hilfe machen:

Zentrales Spendenkonto der Roten Hilfe:

Rote Hilfe e.V.

Kontonummer 56036239

BLZ: 260 500 01

bei der Sparkasse Göttingen

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

Kommentierte Materialien von StipendiatInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung

1. Inschutznahme von Pegida und AfD

■ Anfang 2015 beantwortete Wagenknecht – ebenso wie zuvor schon Gregor Gysi – in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau, ob sie mit Pegida-Anhängern reden will, mit „Ja." Das begründete sie so:

> „Es gibt eine Reihe von Leuten, die da hingehen, weil sie die herrschende Politik ablehnen, weil sie empört sind über prekäre Jobs und miese Renten. Sie haben das Gefühl, da ist endlich mal eine Protestbewegung."
> (FR, 21.01.2015)

Als Kern ihrer eigenen Position in dem Interview und politisches Signal hat Wagenknecht auf ihrer eigenen Homepage bei der Partei „Die Linke" gestellt: „Mit Pegida reden".

■ Im März 2016 legte Wagenknecht mit einer Verharmlosung der AfD-AnhängerInnen nach. In einem Interview sagte sie:

> „Natürlich darf man nicht pauschal alle Menschen, die sich angesichts hoher Flüchtlingszahlen noch stärker um Arbeitsplätze, Sozialleistungen, Wohnungen und steigende Mieten sorgen, in eine rassistische Ecke stellen. Das gilt auch für Wähler der AfD."
> („Die Welt", 22.3.2016)

■ Wagenknecht geht es aber offenbar nicht nur um AnhängerInnen oder WählerInnnen der AfD, sondern um die Inschutznahme der AfD überhaupt. Im ntv-Interview vom 29. April 2013 verwies sie auf Gemeinsamkeiten von AfD und der Partei „Die Linke":

> „Wie wir kritisieren sie die Europapolitik der Kanzlerin. Da gibt es viele Überschneidungen."
> (www.n-tv.de/politik/Die-AfD-hat-in-vielen-Punkten-recht-article10546126.html)

■ Kurz nach der Gründung der AfD wandte sich Wagenknecht Ende März 2013 in einem Interview mit n-tv dagegen, die AfD-Gründer „als Populisten" abzustempeln:

> „Wer die Gründer der AfD als Populisten abstempelt, macht es sich zu leicht. In vielen Punkten haben sie mit ihrer Kritik an der derzeit praktizierten Eurorettung Recht."
> (Interview mit n-tv, 29.3.2013)

Sahra Wagenknecht

DIE LINKE.

Mit Pegida reden

Interview mit Sahra Wagenknecht, erschienen in der Frankfurter Rundschau am 21.01.2015

Achtung! Dies ist keine Fotomontage, sondern es handelt sich um ein Faksimile von Wagenknechts eigener Homepage bei der sogenannten Linkspartei.

Zum Verwechseln ähnlich:

Nationalistische Positionen von AfD und sogenannter Linkspartei
Von wem stammt das Zitat?

„Gastrecht"

„In der ganzen Diskussion über die Kölner Ereignisse ist völlig klar: Wer Gastrecht missbraucht, der hat Gastrecht dann eben auch verwirkt. Und das ist auch von der Linken eine ganz klare Position, die wir in dieser Frage vertreten. (...) Ich finde, wer hier straffällig wird, wer sich hier auf solche Weise gebärdet und auch auf solche Weise Menschen bedroht, Menschen belästigt, da finde ich, ist tatsächlich das Gastrecht verwirkt. Das meine ich auch so, wie ich es gesagt habe." (1)

„Das ist im Übrigen die Rechtslage in Deutschland. (...) Wir müssen die Gesetze, die vorhanden sind, in großer Konsequenz anwenden. Das passiert genau nicht." (2)

„Ich begrüße die Positionierung der Linken, wenn sie durch Sarah Wagenknecht zur Einsicht gelangen, dass man das Gastrecht in Deutschland durch Missbrauch verwirken kann. Frau Wagenknecht hat die Situation sehr schön auf den Punkt gebracht: Wer freiwillig zu uns kommt, hat sich wie ein Gast zu benehmen. Möchte oder kann er das nicht, in dem er gewalttätig und respektlos seinen Gastgebern gegenübertritt, dann muss er sofort Deutschland verlassen. Ich freue mich darüber, dass die Linke dies nun genauso wie die AfD sieht." (3)

„Kapazitätsgrenzen"

„Bei einer Million Flüchtlingen muss geprüft werden, das Asylrecht auszusetzen." (4)

„Wir können nicht jedes Jahr eine Million Menschen aufnehmen." (5)

„Es gibt natürlich objektive Kapazitätsgrenzen. Also es ist völlig klar, dass Deutschland nicht noch eine Million im nächsten Jahr und möglicherweise weitere in den Folgejahren verkraften würde." (6)

„Wir erleben bereits jetzt eine deutliche Überforderung unserer Aufnahmekapazität".(7)

„Natürlich gibt es Kapazitätsgrenzen, wer das leugnet, ist doch weltfremd." (8)

Ruf nach mehr Polizei

„Natürlich hat man in München (nach dem Nazi-Massaker an neun Menschen auschließlich mit „Migrationshintergrund" A.d.V) schon gesehen, wie wichtig eine gut ausgebildete, aber auch personell gut ausgestattete Polizei ist." (9)

„Der Staat muss jetzt alles dafür tun, dass sich die Menschen in unserem Land wieder sicher fühlen können. Das setzt voraus, dass wir wissen, wer sich im Land befindet und nach Möglichkeit auch, wo es Gefahrenpotentiale gibt. Ich denke, Frau Merkel und die Bundesregierung sind jetzt in besonderer Weise in der Verantwortung, das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit des Staates und seiner Sicherheitsbehörden zu erhalten." (10)

Deutschland „nicht souverän"

„Deutschland handelt nicht souverän! ... Kanzlerin Merkel handelt nicht wie die oberste Vertreterin der Interessen ihrer Bürger, sondern wie ein Lakai im Auftrag mehrerer Herren, die auf dem Rücken der Deutschen ihr eigenes Süppchen kochen." (11)

„Ich habs wirklich satt, dass unsere Regierung sich zum Deppen der US-Oligarchen und ihrer Regierung in Washington macht. Wir brauchen endlich eine Wende hin zu einer souveränen und friedlichen Außenpolitik in Deutschland und Europa!" (12)

„Wenn die Bundesregierung ein Mindestmaß an Courage hätte, würde sie von den USA, als Hauptverursacher der Flüchtlingstragödie, wenigstens eine Beteiligung an den Kosten verlangen." (13)

„Die Amerikaner mehr in die Pflicht nehmen." (14)

„Also (...) dass das Besatzungsstatut immer noch gilt, wir haben nicht das Jahr 1945, wir haben das Jahr 2013. Könnte man das nicht mal aufheben und die Besatzung Deutschlands beenden. Also ich finde, es wird höchste Zeit." (15)

„Wir brauchen eine europäische Außenpolitik, die den kriegstreibenden US-Imperialismus eindämmt! Fuck the US-Imperialism!" (16)

„Frau Merkel, lösen Sie sich aus dem Schlepptau der US-Kriegspolitik." (17)

„Wir haben nicht mehr 1949, wir haben 2013... Ich möchte, dass Sie (die deutsche Regierung) jetzt den Mumm haben, die Beziehungen (zu den USA) auf eine andere Grundlage zu stellen, auf die Grundlage der Gleichberechtigung." (18)

„Homogener Nationalstaat"

„Demokratie lebt nur in Räumen, die für die Menschen überschaubar sind. Nur dort hat der Demos eine Chance, mit politischen Entscheidungsträgern auch in Kontakt zu kommen, sie zu beaufsichtigen und zu kontrollieren. Je größer, inhomogener und unübersichtlicher eine politische Einheit ist, desto weniger funktioniert das. Kommen dann noch Unterschiede in Sprachen und Kulturen hinzu, ist es ein aussichtsloses Unterfangen." (19)

„Die Vision eines europäischen Großstaats läuft zwangsläufig darauf hinaus, dass die EU-Einzelstaaten mit den sie tragenden Völkern ihre nationale Souveränität verlieren. Aber nur die nationalen Demokratien (...) vermögen ihren Bürgern die nötigen und gewünschten Identifikations- und Schutzräume zu bieten." (20)

„Renditejäger" und „echte Unternehmer"

„Natürlich gibt es in unserer Wirtschaftsordnung nicht nur Renditejäger, die in Unternehmen lukrative Anlageobjekte sehen, sondern auch viel echte Unternehmer. Sie sind diejenigen, die gemeinsam mit ihren Beschäftigten für wirtschaftliche Dynamik, Innovation und gute Produkte sorgen." (21)

Pro-kapitalistische Grundposition: „Markt unersetzlich"

„Es sind solche Neuerungen und Ideen, die den Markt unersetzlich machen. (...) Was funktionierende Märkte allerdings leisten – und bei einer Entflechtung der Konzerne und Verbesserung der Start- und Finanzierungschancen junger Unternehmen noch weit besser als heute leisten würden , ist die Ausschöpfung der kreativen Potentiale einer Gesellschaft in der Entdeckung solcher ‚kleinen' Neuerungen: beim Aufspüren von Marktlücken, beim Verbessern bestehender Produkte und dem Ausprobieren neuer Ideen, beim Feilen an besseren, arbeitssparenden Technologien. Zu solchen Leistungen motiviert kein anderer Mechanismus so gut wie der freie Wettbewerb vieler Anbieter und die ständige Offenheit von Märkten für Neueinsteiger. Das ist das Feld für private Initiative und kommerzielles Engagement." (22)

Wer hat's gesagt? AfD oder sogenannte Linkskpartei?

(1) Wagenknecht, Pressekonferenz 12.1.2016 bei „phoenix"
(2) Bartsch, Pressekonferenz 12.1.2016 bei „phoenix"
(3) AfD-Gauland, 13.1.2016, AfD-Homepage
(4) AfD-Gauland, 19.8.2015, AfD-Homepage
(5) Wagenknech, 7.12.2015, Spiegel.de
(6) Wagenknecht, Pressekonferenz 12.1.2016 bei „phoenix"
(7) AfD-Meuthen, 19.8.2015, AfD-Homepage
(8) Wagenknecht, 14.1.2016, neues-deutschland.de
(9) Wagenknecht, ZDF-Sommerinterview, 23.7.2016
(10) Wagenknecht vom 25.7.2016, linksfrakton.de)
(11) AfD-Petry, 23.9.2015, AfD-Homepage
(12) Wagenknecht, 12.12.2015, Facebook
(13) Wagenknecht, 6.9.2015, Spiegel online
(14) AfD-Gauland, 26.11.2015, AfD-homepage
(15) Gysi, 8.8.2013 bei „phoenix"
(16) Lafontaine, Facebook, 22.6.2015
(17) Wagenknecht, 4.06.2014, Bundestags-rede
(18) Gysi, 18.11.2016, Bundestagsrede im zur „NSA-Affäre"
(19) Wagenknecht, Reichtum ohne Gier, Frankfurt am Main 2016, S.23
(20) AfD, Programm für Deutschland, Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland., 2016, S. 17
(21) Wagenknecht, Reichtum ohne Gier, Frankfurt am Main 2016, S.136
(22) Wagenknecht, Reichtum ohne Gier, Frankfurt am Main 2016, S.160

2. Praxis der sogenannten Linkspartei

Hetze gegen Antifas

■ Der Fraktionsvorsitzende Bartsch der sogenannten Linkspartei belegte nach dem gut begründeten Tortenwurf auf Wagenknecht den Kritiker mit dem reaktionären Ausgrenzungsbegriff „asozial“:

> „Das ist nicht links, das ist nicht antifaschistisch, das ist asozial, das ist hinterhältig, das ist dumm.“
>
> (Zitiert nach Süddeutsche Zeitung, 28.5.2016)

■ Für den 25. Mai 2016 hatten Antifa-Gruppen in Thüringen unter dem Motto „Weg mit den braunen Zonen, weg mit der AfD“ zu einer Demonstration in Bornhagen, dem Wohnort des AfD-Hetzers Björn Höcke aufgerufen. Daraufhin beschimpfte der Thüringer Ministerpräsident Ramelow von der Partei „Die Linke“ schon vor Stattfinden der Demonstration die Aktion der Antifas als „Nazi-Methoden“. Höcke bedankte sich umgehend dafür.

Als Antifas Ramelow bei einem Empfang in Halle darüber zur Rede stellen wollten, erklärte Ramelows Sprecher:

> „Einige haben das Gastrecht der Veranstalter missbraucht, um den Ministerpräsident in inakzeptabler Weise zu belästigen“.
>
> (http://www.mdr.de/thueringen/ramelo9w-beschimpft-antifa-100.html)

JUNGE FREIHEIT

Politik » Deutschland

Höcke: Ramelow entlarvt kriminelle Methoden der Antifa



Björn Höcke und Bodo Ramelow: Lob für den Ministerpräsidenten Foto: dpa

Titelbild der Nazi-Zeitung „Junge Freiheit“, vom 14.04.2016

■ Zu Beginn der Fußball-EM 2016 veröffentlichte die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz den Aufruf „Patriotismus = Nationalismus – Fußballfans Fahnen runter!“ Wie nicht anders zu erwarten, reagierten die deutschen Nationalisten mit einem „Sturm der Empörung“. Das reichte von Tausenden von nationalistisch-nazistischen Hasskommentaren bis zu entrüsteten „Distanzierungen“ von Spitzenpolitikern der CDU, CSU und SPD, aber auch „Grünen“-Politikern. Da durfte die Partei „Die Linke“ natürlich nicht fehlen. D. Bartsch, neben S. Wagenknecht Fraktionsvorsitzender, gab die Distanzierungserklärung ab:

> „Ich finde es nicht gut, wenn Grüne Jugend und andere verbieten wollen, dass man seine Autos oder was auch immer mit den deutschen Farben schmückt. Ja, wir haben eine andere Vergangenheit. Aber in Frankreich wurde schon von den Kommunarden der Pariser Kommune die Nationalflagge geschwenkt. Und auch die deutsche Fahne ist mit positiven wie mit problematischen Dingen belegt. Deshalb: Kein Verbot dieser Symbole, gemeinsame Freude, gemeinsames genießen. Und wer's denn nicht tun will, sollte es denjenigen überlassen, die diese Freiheit für sich in Anspruch nehmen wollen.“
> (Diethmar Bartsch auf „Weltnetz.tv“, 17.6.2016)

Um von der eigenen Parteinahme für deutschen Nationalismus abzulenken, lügt Bartsch hier zunächst, dass in dem Aufruf das Zeigen von deutschen Fahnen „verboten“ werden sollte. Bartsch stellt sich gegen die Kritik am deutschen Nationalismus und Toleriert den deutschen Nationalismus, das ist die Botschaft des Fraktionsvorsitzenden der sogenannten Linkspartei. Den Gipfel der Schamlosigkeit ist dabei, die deutsche Geschichte mit ihren historisch bisher einmaligen Völkermordverbrechen an der jüdischen Bevölkerung, den Sinti und Roma und all den anderen Verbrechen („eine andere Vergangenheit“) in einem Atemzug mit der Pariser Kommune von 1871 zu nennen, die der erste Massenaufstand zum Sturz der Kapitalherrschaft war.

Der notorisch wegen einer nationalistischen Positionen und seiner reaktionären Hetze gegen Antifas berüchtigte Bundestagsabgeordnete der sogenannten Linkspartei Diether Dehm durfte nicht fehlen. Er hetzte gegen antinationalistische Kräfte, welche während des nationalistischen EM-Rummels deutsche Fahnen entsorgt hatten:

> „Weil 50 lustarme Vollpfosten in Leipzig. gestern Nacht Deutschland-Fähnchen u.ä. von Autos gerupft haben sollen, auch aus Freude, dass in dem Punkt Sahra, Dietmar, Gregor und Oskar einig sind gegen diese antideutsche Intoleranz und weil „wir“ gestern“ gewonnen haben, habe ich mir so nen 1848Wimpel jetzt extra dran gemacht.“
> (D. Dehm, Facebook, 16.6.2016, siehe Bild)



Dehm spricht hier von „antideutscher Intoleranz“. Das verwendet also einen typischer Nazi-Begriff, mit dem diese von je her alles und alle belegen, welche deutschen Nationalismus bekämpfen.

Seine Bezeichnung „1848Wimpel“ für die deutsche Fahne dient dazu, diese Fahne in eine angebliche „fortschrittliche Tradition“ zu stellen. Wir empfehlen dann auch gleich seinen Beitritt zu einer Burschenschaft (falls nicht schon geschehen). Die Burschenschaften entstanden ja auch während der deutschen „Nationalbewegung“ vor 1848.

Ramelow: „Kein Abschiebestopp in Thüringen"

In Thüringen stellt die Partei „Die Linke" zum ersten Mal den Ministerpräsidenten. Genau wie die Regierungen in anderen Bundesländern und unter anderen Regierungsparteien peitscht die von der sogenannten Linkspartei geführte Regierung Abschiebungen durch.[1]

Am 21.10.2015 verkündete Ramelow, unter seiner Regierung würden gemäß einem „beschleunigten Rückführungsmanagement" weiterhin und verstärkt Refugees abgeschoben. Er kündigte „eine vierstellige Zahl" von Abschiebungen an. Ramelow erklärte:

> „Es wird keinen pauschalen Abschiebestopp geben. Dazu stehe ich.
> (Thüringer Allgemeine, 21.10.2016).

Die Thüringer Landesvorsitzende Hennig-Wellsow pochte im Juni 2016 auf dem Parteitag der sogenannten Linkspartei darauf, dass untere einer Regierung, die von der sogenannten Linkspartei geführt wird, in Thüringen unbedingt Abschiebungen durchgeführt werden müssten:

> „Ja, Thüringen muss abschieben."

Damit steht die sogenannte Linkspartei frontal gegen die antifaschistischen Kräfte nicht nur in Thüringen, gegen die mit den Refugees solidarischen Kräfte, vor allem gegen die Refugees selbst.

Die Antifaschistischen Gruppen Südthüringen und die Roma Thüringen haben die unter der Regie der von der sogenannten Linkspartei durchgeführten brutalen Massenabschiebungen von Roma und anderen Refugees entschieden verurteilt und erklärt (siehe Anhang): Jede Abschiebung ist ein Verbrechen.

---

[1] In Berlin wurde unter der Koalition von sogenannter Linkspartei und SPD schon vor Jahren die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen massiv vorangetrieben. (Am umfangreichsten ist das dokumentiert in Jutta Dittfurth, Zeit des Zorns, München 2009, S.163-205.)

Anhang:

Begrüßenswerte Stellungnahmen und nachahmenswerte Aktionen

1. Wagenknecht und Bartsch sprechen nicht in unserem Namen. Asyl ist und bleibt Grundrecht! (Landessprecher*innenrat der Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt, 12.01.2016)

2. Erklärung der antifaschistischen Initiative „Torten für Menschenfeinde“ (28.05.2016)

3. „Die Torte ändert nichts - keine Solidarität mit Sahra Wagenknecht (Landessprecher*innenrat der Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt, 18.06.2016)

4. „Abschiebungen sind, egal welche Farben die verantwortlichen Regierungskoalitionen tragen, ein Verbrechen.“ Presseerklärung der Roma Thüringen über die unter Regie der „Die Linke“-Regierung in Thüringen durchgeführten brutalen Massenabschiebungen von Roma und anderen Refugees, die von den Antifaschistischen Gruppen Südthüringen (AGST) verbreitet wurde (19.01.2016)

Wagenknecht und Bartsch sprechen nicht in unserem Namen. Asyl ist und bleibt Grundrecht!

12. JANUAR 2016

Wagenknecht und Bartsch sprechen nicht unserem Namen.
Asyl ist und bleibt ein Grundrecht!

In einer Pressekonferenz vom 11.01.2016 erklärten die Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE:

„Wer Gastrecht missbraucht, hat Gastrecht verwirkt. Das ist auch eine ganz klare Position der LINKEN" - Sahra Wagenknecht„Das [von Wagenknecht Gesagte] ist im übrigen die Rechtslage von Deutschland. [...] Wir müssen die Gesetze, die vorhanden sind, in großer Konsequenz anwenden. " - Dietmar Bartsch

Wir als Mitglieder und Sympathisant*innen der LINKEN sagen ganz deutlich: Es wird keine Abschiebungen in unserem Namen geben! Wer das Asylrecht zum Gastrecht degradiert, verkennt dessen Wesen: Asylsuchende sind keine Gäste. Sie sind keine Tourist*innen, sie kommen nicht hierher, weil sie die Menschen so nett finden, oder weil sie das Land gerne mal besuchen wollten, sondern aus blanker Not. Sie kommen, weil ihre grundlegendsten Menschenrechte bedroht sind: Das Recht auf Leben, auf Schutz vor Folter, Verfolgung oder Erniedrigung. Es geht dabei um nicht weniger als ihre Menschenwürde.

Schon das bestreiten die Fraktionsvorsitzenden implizit, wenn sie vom Gastrecht statt von einem Anspruch auf Schutz sprechen, wenn sie behaupten, dass nicht diejenigen kämen, denen es "wirklich richtig schlecht geht". Sie verharmlosen damit das Elend, aus dem die Menschen fliehen und entsolidarisieren sich mit einem Großteil der Geflüchteten.

Diejenigen, die Geflüchtete aufnehmen, sind auch keine Gastgeber*innen. Die Aufnahme ist keine Gnade, die sie erteilen und zurücknehmen können, wie es ihnen beliebt, sondern ihre Pflicht: Menschen, die in ihre grundlegendsten Rechten bedroht sind, nicht wieder dorthin zurückzuschicken, wo sie Menschenunwürdiges zu erdulden hätten, ist gerade einmal der geringste Ausdruck der Achtung der Menschenrechte. Es ist gerade einmal, sich nicht mitschuldig zu machen.

Doch während die Fraktionsvorsitzenden der Bundesregierung vorwerfen, Waffen an Saudi-Arabien zu liefern, fordern sie mehr Konsequenz bei der Lieferung potentieller Ziele für diese Waffen. Eine solche Fraktionsspitze, die rassistische Politik gutheißt und die konsequente Durchsetzung bestehender rassistischer Gesetze einfordert, statt deren Abschaffung, kann nicht für DIE LINKE sprechen, wenn diese eine ernsthafte Kraft im Kampf gegen Rassismus sein will: Ja, Menschen aufgrund ihrer Abstammung härter bestrafen zu wollen als Deutsche, ist rassistische Politik. Wer asylberechtigte Straftäter*innen abschieben will, macht sich damit nicht nur mit der NPD-Parole "Kriminelle Ausländer raus!" gemein, bestreitet nicht nur die Gleichheit vor dem Gesetz, sondern will vor allem Menschenrechte aufgrund der Herkunft der Betroffenen aussetzen.

DIE LINKE muss antirassistisch und antifaschistisch bleiben. DIE LINKE braucht dafür auch eine Fraktionsspitze, in der sich dies widerspiegelt - an den neusten Erklärungen wird aber deutlich, dass das weder mit Dietmar Bartsch noch mit Sahra Wagenknecht der Fall ist.

Landessprecher*innenrat der Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt

Erklärung der antifaschistischen Initiative „Torten für Menschenfeinde“

Liebe Pressevertreter und Pressevertreterinnen,

Liebe „Genossinnen“ und „Genossen“ der Linkspartei,

Wir, die antifaschistische Initiative „Torten für Menschenfeinde“, haben Sahra Wagenknecht am heutigen Tage eine Torte überbracht. Mit Beatrix von Storch teilt sie nicht nur die Torte im Gesicht. Ebenso wie die Vertreter der AfD ist Wagenknecht stets darum bemüht, den „Volkszorn“ in politische Forderungen zu übersetzen. Damit steht sie in ihrer Partei keineswegs allein da. Vielmehr ist sie die derzeitige Galionsfigur, bei der sich alles verdichtet, was die Linkspartei für uns unerträglich macht. Mit der Forderung selbst noch mit Pegida zu reden, trifft Wagenknecht den Common Sense ihrer Parteibasis. Für jede Sauerei des „kleinen Mannes“ stehen Wagenknecht und ihre Genossen als Ansprechpartner bereit. Ihre auf Flüchtlinge gemünzten Aussagen über „Kapazitätsgrenzen und Grenzen der Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung“ und ihre bundesweit bekanntgewordene Rede zum „Gastrecht“, sind nur die Spitze des Eisberges.

Sicherlich spielt die Tatsache, dass sich die Linkspartei und die AfD beide als Protestparteien profilieren wollen und dasselbe Wahlpublikum ansprechen, hierbei eine Rolle. Allein in taktischem Kalkül geht all das aber nicht auf. Schon 2005 – lange vor der Gründung der AfD – forderte Lafontaine, Wagenknechts Ehemann, Politikdiva und selbsternannter „Napoleon von der Saar“, die Deutschen vor „Fremdarbeitern“ zu beschützen. Auch das Ursprungsthema der AfD, die Rückkehr zur „nationalen Borniertheit“ (Karl Marx) und dementsprechend das Ressentiment gegen die USA und die EU, war ursprünglich in der Linkspartei beheimatet. Selbst der Forderung nach einer Bekämpfung der Fluchtursachen liegt weniger Menschenliebe, als der Wunsch nach kulturell homogenen Gemeinschaften, zu Grunde. Den nationalen Konsens zwischen AfD und Linkspartei brachte Sahra Wagenknecht in ihrem neusten Buch unfreiwillig auf den Punkt: „Je größer, inhomogener und unübersichtlicher eine politische Einheit ist, desto weniger funktioniert das. Kommen dann noch Unterschiede in Sprache und Kultur hinzu, ist es ein aussichtsloses Unterfangen.“

Vereint im Ziel, besteht der Unterschied vor allem in den Mitteln. Die Forderung nach einem neuen Schießbefehl bleibt deshalb Beatrix von Storch und der AfD vorbehalten. Die ideologische Munition wird ihnen dabei jedoch nicht zuletzt von Wagenknecht und Co. geliefert. Eine Torte für Wagenknecht ist deshalb mehr als gerechtfertigt.

Antifaschismus kennt kein Parteibuch!

28.05.2016

(https://linksunten.indymedia.org/de/node/180471)

Keine Solidarität mit Wagenknecht

„Die Torte ändert nichts - keine Solidarität mit Sahra Wagenknecht [Auszüge]

Als Jugendverband der Partei die LINKE in Sachsen-Anhalt haben wir uns bereits im Januar diesen Jahres gegen verschiedene Äußerungen der Fraktionsvorsitzenden Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht gewandt. Wir kritisierten besonders die Äußerung Wagenknechts, die mit Bezug auf das Asylrecht und die Debatte um die sexualisierte Gewalt an Silvester in Köln behauptete, dass man „sein Gastrecht verwirken könne“, wenn man es „missbrauche“. Hier hat sie sich klar gegen offene Grenzen und gegen das Menschenrecht auf Asyl gewandt, welches eben kein „Gastrecht“ sein kann. Unterstützt wurde sie dabei von ihrem Kollegen Bartsch, der forderte, die angesprochene „Verwirkung des Gastrechts“ härter durchzusetzen. Die Fraktionsvorsitzenden der eigentlich anti-rassistisch aufgestellten Partei die LINKE haben das Jahr also damit begonnen, die Abschaffung des Asylrechts und mehr Abschiebungen zu fordern.

Auch wenn Wagenknecht für ihre verbalen Entgleisungen (...) zu Recht kritisiert wurde, legte Wagenknecht in den vergangenen Monaten nach. So befeuerte sie zum Beispiel immer wieder die unsägliche Debatte über „Obergrenzen“ für Geflüchtete, bei der es im Kern nur darum geht, einen Zeitpunkt zu definieren, ab dem die Deutschen mit gutem Gewissen die Grenzen dicht machen und das Grundrecht auf Asyl endgültig abschaffen dürfen. Auch hier gab es wieder Kritik, weshalb wir die Hoffnung hatten, es könnte in naher Zukunft eine breite Entsolidarisierung mit dem nationalen Kurs von Wagenknecht und ihren Fans geben. (...)

Stattdessen flog eine Torte auf Sahra Wagenknecht und es kam zu einer breiten Solidarisierung. Denn ganz unabhängig davon, was man von der Aktion hält, bedeutet die Behauptung der Parteivorsitzenden Katja Kipping, dass „der Angriff auf Sahra, ein Angriff auf uns alle“ sei, dass ein Angriff auf die Politikerin Wagenknecht aufgrund abzulehnender Äußerungen, sich irgendwie auch gegen diejenigen gerichtet hätte, die in der Partei zu den Verteidiger*innen anti-rassistischer Grundsätze zählen. Im Zuge der Kritik an der Tortenwurf-Aktion wurde der inhaltliche Hintergrund entweder ignoriert oder der Kurs Wagenknechts als wichtiger und verteidigenswerter Teil der Partei dargestellt. Die Torte wurde dafür benutzt, jede dringend notwendige Kritik zu pausieren und die von den Aktivist*innen aufgeworfenen Argumente zu ignorieren - wie bspw. die nationalistischen Äußerungen Wagenknechts über die angeblich notwendige „Homogenität“ von Staaten auch in Sprache und Kultur.

Mehr noch wurde Sahra Wagenknecht noch auf dem gleichen Parteitag dafür bejubelt, dass sie ihren nationalistischen Kurs um eine zusätzliche Komponente erweiterte: So lehnte sie einen Vorstoß für ein rot-rot-grünes Einwanderungsgesetz noch vor der Bundestagswahl mit der Begründung ab, dieses würde zur Senkung des Lohnniveaus in Deutschland führen und im Übrigen würden die Menschen in ihren Heimatländern gebraucht. Sie bedient damit nicht nur Schreckensszenarien über die Folgen von Einwanderung, auf die sich nun auch Rechtspopulisten mit den Worten „Selbst die Linke Sahra Wagenknecht hat gesagt...“ berufen können, sondern prüft ein Einwanderungsgesetz nur auf seine Nützlichkeit für nationale Kollektive, ohne auch nur ein Wort über das individuelle Recht auf Migration und ein gutes Leben zu verlieren. Statt Ablehnung oder auch nur Schweigen gab es hierfür lauten Applaus.

Man hat sich in die LINKE Wagenburg begeben, in der Parteibücher wichtiger sind als Positionen und die Form der Kritik wichtiger als ihr Inhalt. Der Tortenwerfer wurde an die Polizei übergegeben und die mit der Aktion verbundene Kritik einfach als nicht-links und „asozial“ gebrandmarkt. Das können wir nur schärfstens verurteilen (...)

Landessprecher*innenrat der Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt“, 18.6.2016

„Abschiebungen sind, egal welche Farben die verantwortlichen Regierungskoalitionen tragen, ein Verbrechen“

Von den Antifaschistischen Gruppen Südthüringen (AGST) verbreitete Presseerklärung der Roma Thüringen über die unter Regie der „Die Linke“-Regierung in Thüringen durchgeführten brutalen Massenabschiebungen von Roma und anderen Refugees.

Thüringen: „Jede Abschiebung ist ein Verbrechen“

Eintragsdatum: 2016-01-19 — Quelle: Roma Thüringen

Am 16. Dezember 2015 verschleppten Thüringer Polizeibeamte mehrere Roma-Familien und andere Flüchtlinge aus ihren Unterkünften und deportierten sie in sogenannte „sichere Herkunftsländer“. Was mit den Menschen dort geschieht, beschreibt die Initiative Roma Thüringen in einer Pressemitteilung, die wir dokumentieren und deren Urteil wir uns nur anschließen können: Abschiebungen sind, egal welche Farben die verantwortlichen Regierungskoalitionen tragen, ein Verbrechen.

Pressemitteilung von Roma Thüringen zu der Sammelabschiebung vom 16.12.2015

Jede Abschiebung ist ein Verbrechen

Seit mehreren Wochen finden in Thüringen Massenabschiebungen von Roma und anderen Geflüchteten aus sog. Sicheren Herkunftsstaaten statt. Dass diese Ländern, insbesondere für Roma und andere Minderheiten, nicht sicher sind, wurde von Roma Organisationen aber auch anderen NGOs mehrfach belegt. Schon jede Ankündigung einer gewaltsamen Verschleppung in Länder, aus denen Menschen geflohen sind, stellt eine Bedrohung ihrer Existenz dar. Erst recht gilt das für die tatsächliche Durchführung einer solchengewaltsamen Abschiebung durch die deutsche Polizei. Jede Abschiebung ist ein Verbrechen und ist nicht hinnehmbar.

Im Folgenden berichten wir über die Abschiebungen mehrerer Roma Familien am 16.12. aus Erfurt nach Belgrad / Serbien. Wir haben diese Informationen von den Betroffenen selbst erhalten und stehen mit ihnen in Kontakt.

Aus einer Unterkunft in der Magdeburger Allee wurden 2 AktivistInnen von Roma Thüringen und ihre drei Kinder abgeschoben. Die Betroffenen erwachten in der besagten Nacht dadurch, dass PolizistInnen plötzlich in ihrem Zimmer neben dem Bett standen und das Licht anschalteten. Sie hatten vorher weder geklingelt noch angeklopft. Den Menschen wurde außerdem das Telefon ab genommen, als sie Andere von ihrer Abschiebung benachrichtigen wollten. Damit wurde ihnen auch der Kontakt zu AnwältInnen verwehrt.

Auch in einer Unterkunft im Juri Gagarin Ring wurde eine AktivistInnenfamilie von Roma Thüringen abgeschoben. Die Vater der Verschleppten Familie berichtet, dass jemand von der Ausländerbehörde bei der Abschiebung mit anwesend war. Die Familie hatte ein Attest für ihr krankes Kind mit der Empfehlung, dass die Abschiebung gegen die Familie ausgesetzt werden soll, da diese für das Kind gefährlich ist. Das Attest wurde der Beamtin gezeigt, die darauf antwortete, dass das jetzt egal ist und sie abgeschoben werden. Die Situation jetzt in Serbien ist die, dass sie zu sechst in einem Zimmer wohnen. Sie sind vorübergehend bei anderen Menschen untergekommen und werden in 2 Monaten obdachlos sein, da sie keine eigene Wohnung haben. Die Kinder sind krank. Bei ÄrztInnen wurde sie abgewiesen, weil sie Rom_nja sind.

In einer Unterkunft in der Stauffenbergallee wurde eine Familie in der Nacht der Abschiebung nicht in ihrem Zimmer angetroffen. Die Kinder gingen am nächsten Tag wie immer in die Thomas-Mann Regelschule und in die Humboldt-Grundschule. Die Polizei hat dann vor der Thomas-Mann Schule gewartet, um eins der Kinder (14) ohne jegliche Begleitung mit zu nehmen.Danach ging die Polizei mit diesem Kind in die Humboldt-Grundschule, um auch das andere, jüngere, Kind mitzunehmen. Der erwachsene Bruder wollte das Kind aus der Humboldt-Grundschule abholen. Unter dem Vorwand, dass er das nicht dürfe und der Vater der Familie kommen solle, um die Kinder abzuholen,

wurden die Kinder dort festgehalten und der Vater musste kommen. In der Zwischenzeit wurde durch die Schule die Polizei gerufen und als der Vater kam, wurden er und die Kinder durch die Polizei mitgenommen. Anschließend wurde die gesamte Familie in die Thüringenhalle gebracht. Dort sollten sie bis zu ihrer Abschiebung bleiben. In der Unterkunft Thüringenhalle gibt es eine Registrierung von BesucherInnen wie im offenen Vollzug. Essen gibt es nur in der Halle zu bestimmten Zeiten. Die Kinder durften nicht mehr zur Schule. Die Familie erhielt kein Geld mehr, sondern nur noch Sachleistungen. In ihrer vorherigen Unterkunft, in der Stauffenbergallee, wurde noch am gleichen Tag ihr ganzes Hab und Gut, Elektronische Geräte, Kleidung - eben Alles - auf die Straße gestellt. Menschen die vorbei kamen, nahmen die Dinge wie auf dem Sperrmüll mit.

Nach der Sammelabschiebung in Belgrad angekommen, wurden die Menschen noch am Flughafen von serbischen PolizistInnen teilweise mit vorgehaltener Waffe bedroht und Alles von ihnen durchsucht. Sie wurden eingeschüchtert und rassistisch beleidigt. Ihnen wurde gesagt, dass sie in Serbien nichts verloren haben und verschwinden sollen. Es wurden Anzeigen wegen Rufschädigung gegen sie gestellt, weil sie den serbischen Staat im Ausland schlecht gemacht hätten. Ihnen werden für 2 Jahre alle Sozialleistungen und die Krankenkasse vom serbischen Staat verweigert und sie haben ein Arbeitsverbot. * Die Kinder dürfen erst mit Beginn des nächsten Schuljahres wieder zur Schule gehen und müssen dann das Schuljahr komplett wiederholen. Außerdem müssen die Eltern eine Strafe von 350 Euro pro Kind für jeden Monat zahlen, in dem das Kind nicht in Serbien in die Schule gegangen ist.

„Jede Abschiebung ist ein Verbrechen. Deshalb fordern wir einen sofortigen allgemeinen Abschiebestopp. Weiterhin fordern wir die Rückholung der bereits Abgeschobenen und deren Entschädigung." so der Sprecher, Chani Cangovic, von Roma Thüringen.

Das „Gastrecht", von dem Sahra Wagenknecht spricht

Sahra Wagenknecht möchte heftig ins Abschieben einsteigen, weil Menschen angeblich ihr „Gastrecht" verwirkt hätten (und nichts anderes als Abschiebung meint das). Wir finden bereits die Vorstellung abwegig, Menschen, die migrieren, wären „Gäste", die dann irgendwelche Rechte verwirken könnten, die andere Einwohner*innen der Region ‚natürlich' und ohne Möglichkeit des Verlustes zustehen!

Straßen aus Zucker

http://strassenauszucker.blogsport.de/2016/05/31/dieses-gastrecht/

Nachahmenswerte Aktion aus 2009 gegen Lafontaines nationalistische Hetze

Am 28. März 2009 fand in Frankfurt am Main eine große Demonstration statt. Daran war auch die Partei „Die Linke“ beteiligt, die als Redner Lafontaine aufbot. GenossInnen u.a. von der Autonomen Antifa (F) nahmen allerdings nicht hin, dass ein nationalistischer Hetzer wie Lafontaine dort eine Tribüne bekommen sollte. Sie machten handfest deutlich, dass hier ein deutlicher Trennungsstrich nötig war. Dazu heißt es in einer Presseerklärung danach:

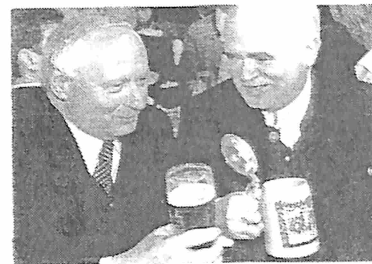
„Die Rede von Oskar Lafontaine wurde dann von autonomen AntifaschistInnen und Linksradikalen unter Sprechchören wie „Flüchtlinge bleiben, Lafontaine vertreiben! und „Nie wieder Deutschland!“ massiv gestört. Außerdem flogen vereinzelt Eier auf den Vorsitzenden der Linkspartei, der hinter Regenschirmen und Polizeischildern in Deckung ging. Da einige Linksparteimitglieder und DGB-Gewerkschafter die Rufenden verbal und körperlich angingen, kam es vereinzelt zu Rangeleien.

Sahra Brechtel, Sprecherin der autonomen antifa [f], erklärte zu der Aktion:

„An Lafontaine zeigen sich deutlich die reaktionären Konsequenzen der Staatsfixiertheit weiter Teile der Linken. Sein Vorschlag, Auffanglager für MigrantInnen in Nordafrika aufzubauen, seine Beteiligung an der Abschaffung des Asylrechts, seine Zustimmung zu Folter und seine Hetze gegen „Fremdarbeiter“ ist der Versuch eine rassistische, nationalistisch und autoritäre Politik als Links auszugeben. Dass solchen reaktionären Positionen auf der Abschlusskundgebung Raum geboten wurde, war eine Provokation für alle linken und antifaschistischen Bewegungen und Basisorganisationen und hat eine entsprechende Antwort bekommen.“

Was man über Lafontaine wissen sollte

Materialien zu seinen reaktionären Positionen



Zusammengestellt von:

GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion

September 2005 — 0,50 Euro

Eine umfangreiche Broschüre zu Lafontaines reaktionären Positionen kann bestellt werden bei: GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg – oder E-Mail: gewantifa@yahoo.de

GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion

Kritische Solidarität und gegenseitige Unterstützung

Gewantifa

Flugblätter 2003 bis 2013



- Gemeinsam gegen Nazis kämpfen, gemeinsam gegen Nationalismus, Chauvinismus, Rassismus und Antisemitismus
- Positionen gegen Bundeswehr und deutschen Militarismus
- Arbeitskämpfe und andere Kämpfe
- Debatten innerhalb von Linken und GewerkschafterInnen

Dezember 2013 5 Euro

A4-Broschüre, 144 Seiten

Kontakt: GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion
c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg – oder E-Mail: gewantifa@yahoo.de
Unsere bisherigen Flugblätter & Broschüren sind auch nachzulesen unter: http://gewantifa.blogsport.eu